

20. JUNI 2023

# Weltflüchtlingstag

Veranstaltungshinweise Seite 2

## Aktionstag: Alle, immer, überall Jede Form von sozialer Ausgrenzung beenden!

Am 20. Juni ist Weltflüchtlingstag.<sup>1</sup> Nach dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR befinden sich 103 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 42 Prozent sind Kinder. Lediglich 9 Prozent erreichen den europäischen Kontinent. Die meisten sind Binnenvertriebene<sup>2</sup>.

### Grund- und Menschenrechte gelten IMMER

Im UN-Sozialpakt sind wirtschaftliche, soziale und kulturellen Rechte völkerrechtlich verbindlich geregelt. **Diese gelten immer, denn nach Artikel 25 des Grundgesetzes sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Teil des Bundesrechts.** Sie gehen den Gesetzen vor. Mit der EU-Massenzustromrichtlinie für ukrainische Geflüchtete hat Europa bewiesen, dass ein direkter Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechten unmittelbar nach der Ankunft in den einzelnen Ländern möglich ist. Jedoch unterliegen Geflüchtete aus anderen Ländern weiterhin dem ausgrenzenden Asylbewerberleistungsgesetz. Grundlegende soziale Rechte, wie das Recht auf Arbeit, auf eine selbstbestimmte Ernährung, auf die bestmögliche medizinische Versorgung und auf einen angemessenen Wohnraum werden ihnen verweigert. Bereits 1998 haben Geflüchtete und NGOs in einem Bericht an die Vereinten Nationen in Genf auf die prekäre und ausgrenzende Lebenssituation, in die sie durch das Asylbewerberleistungsgesetz gezwungen werden, aufmerksam gemacht<sup>3</sup>. Daraufhin wurde Deutschland gerügt: „Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, unverzüglich Maßnahmen gesetzgeberischer oder anderer Art zu ergreifen, um die Situation der Asylbewerber... zu verbessern.“<sup>4</sup> Das Asylbewerberleistungsgesetz besteht weiterhin.

### Gleiche Rechte für ALLE

Derzeit erleben wir in Deutschland eine Auseinandersetzung über den sozialrechtlichen Status von geflüchteten Menschen – wie vor 30 Jahren, als 1993 das Grundrecht auf Asyl beschnitten und das ausgrenzende Asylbewerberleistungsgesetz verabschiedet wurde. **Dass gleiche Rechte für alle gelten, wird heute erneut infrage gestellt.**



Demonstration am 26. Mai 2023 in Freiburg

Konservative Politiker:innen, allen voran Ministerpräsident Kretschmer, führen eine populistische, national ausgerichtete Debatte, die von etablierten Medien bereitwillig aufgegriffen und verstärkt wird. Kretschmer schlägt eine Kommission vor, „hinter dem sich Bund und Länder versammeln können und zu der auch eine Grundgesetzänderung gehören könnte.“<sup>5</sup> Angegriffen wird die Höhe der Sozialleistungen für Geflüchtete. Die Vorschläge von Kretschmer sind nicht neu, dass er jedoch eine Grundgesetzänderung ins Spiel bringt, hat eine neue Qualität. Ähnlich skandalös äußerte sich jüngst Jens Span, u.a. in der Talkshow Markus Lanz<sup>6</sup>. Wenn Unionspolitiker in der Migrationsfrage die Abschaffung von Menschenrechten, rechtswidrige Zurückweisungen und die Rückkehr zur nationalen Abschottung

1 <https://www.unhcr.org/dach/de/aktiv-werden/weltfluechtlingstag>

2 <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingzahlen>

3 <https://www.aktionbleiberecht.de/blog/wp-content/uploads/2023/02/Bericht-von-SAGA-an-die-UN.pdf>

4 Economic and Social Council, Distr. GENERAL UNEDITED VERSION E/C.12/1/Add.29, 4. December 1998

5 <https://twitter.com/MPKretschmer/status/1663129606218473474>

6 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-spahn-stellt-fluechtlingskonvention-infrage-100.html>; [https://twitter.com/RA\\_MLehnert/status/1663615270357725185](https://twitter.com/RA_MLehnert/status/1663615270357725185)

fordern, verkommt die viel beschworene „Brandmauer“ nach rechts zu leerem Gerede.

## **Menschen haben Rechte, ÜBERALL**

Kretschmer und Co missachten nicht nur menschenrechtliche Grundsätze, sondern auch die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts. Artikel 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) und Artikel 20 (das Sozialstaatsgebot) begründen das menschenwürdige Existenzminimum, das allen Menschen zusteht, die in Deutschland leben. **2012 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass dieses Existenzminimum überall gilt – auch für Geflüchtete in Sammelunterkünften.** Denn: „Die in Art. 1 Abs. 1 GG garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“<sup>7</sup>. Das Gericht erklärte die pauschale Kürzung der Leistungen für Asylsuchende, die zudem zwischen 1993 und 2012 nicht erhöht wurden, für verfassungswidrig. Wenn Ministerpräsident Kretschmer nun eine Grundgesetzänderung ins Spiel bringt, betrifft das nicht das Asylrecht (Art. 16a), denn hierauf kann sich seit 1993 in Deutschland fast niemand mehr berufen. Vielmehr stellt er das Sozialstaatsgebot (Art. 20), das in Verbindung mit GG Art. 1 für alle Menschen in Deutschland gilt, infrage<sup>8</sup>. **Wir sagen: Nicht das Grundgesetz gehört geändert, sondern das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft!**

Die Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes tritt dafür ein, dass die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte, die im UN-Sozialpakt verankert sind, IMMER für ALLE und ÜBERALL gelten und ausgeübt werden können. Auch die UN-Kinderrechtskonvention muss vorbehaltlos für alle Kinder gelten. Denn: Grund- und Menschenrechte kennen keine Obergrenzen!

Dafür treten wir ein und gehen am Weltflüchtlingstag auf die Straße. Für die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und gegen jede soziale Ausgrenzung!

**MITMACHEN bei der Kampagne für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes!**

<sup>7</sup> [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/1s20120718\\_1bvl001010.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/1s20120718_1bvl001010.html)

<sup>8</sup> <https://twitter.com/MXPichl/status/1663248238361624576>

**Am 20. Juni 2023, dem UN-Weltflüchtlingstag, finden in zahlreichen Städten Aktionen vor allem gegen die geplante GESA-Reform statt. Davon sind gleichfalls die sozialen Rechte betroffen. Einige Aktionen sind hier genannt.**

**Freiburg:** Gemeinsam mit SEEBRÜCKE, Infostände und Kundgebung von 17:30 bis 20:30 Uhr (Kundgebung ab 18 Uhr) auf dem Rathausplatz. Thema werden die Reform der GEAS, die sozialen Rechte und damit auch die Ausgrenzungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz sein.

**Bielefeld:** Demonstration „Grenzen öffnen- Keine Festung Europa!“, Rathaus, 19 Uhr

**Bamberg:** Seebrücke Bamberg „Seebrücken Soli Sause“ von 18-22 Uhr im JUZ, Margaretendamm 12a, Beitrag zum Asylbewerberleistungsgesetz.

**Frankfurt a. M.:** Aktion Paulsplatz, 17 Uhr, SEEBRÜCKE und Hessischer Flüchtlingsrat

**Heidelberg:** Stadtbücherei, 18 Uhr

**Kiel:** Schlossgarten, 17 Uhr

**Bad Kreuznach:** Mahnwache und Kundgebung auf der Alten Nahebrücke, 17 Uhr.

**München:** Kulturfestival anlässlich des Weltflüchtlingstags am 24.06. in München. Unter dem Motto „Open hearts – open minds!“ findet von 14:30 bis 22:00 Uhr im Eine Welt Haus in der Schwanthalerstraße 80 das Festival statt. Münchener Flüchtlingsrat

**Aschaffenburg:** Film, „Picknick in Moria“ Casino

Die Liste ist auch auf der HP von AsylbLG-abschaffen veröffentlicht!

**Weitere Informationen zu Aktionen bitte den Homepages von AsylbLG-abschaffen, der SEEBRÜCKE und anderen Organisationen entnehmen.**



**Vom 5. bis zum 7. Juli 2023 sind Social-Media-Aktionstage für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes geplant. Aktuelle Informationen gibt es bei:**

**[info@asylbglg-abschaffen.de](mailto:info@asylbglg-abschaffen.de) | <https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>**